den spätestens am Sonnabend abend mit dem Dampfer „Finnland" zu verlassen. Die schwedische Regierung verbürgt ihm freies Geleit durch Finnland.

Die Kämpfe gegen die Sowjettruppen

× Berlin, 23. Januar. Von der Ostfront ist folgendes mitzuteilen: Die Aufforderung dreier russischer Kompagnien, den Ort Rozani, 42 Kilometer südöstlich von Wolomysli, zu räumen, wurde von der dort liegenden Besatzungskompagnie der 4. Landwehr-Division abgewiesen. Im Gouvernement Libau ist Neuautz vom Feinde frei. Das 4. lettische Regiment hält Riga, das 1. Mitau und Tuckum und das 3. Altautz besetzt. Das 2. lettische Regiment marschiert von Altautz nach Wegert.

Die Bildung von Soldatenräten in Italien

+ Lugano, 24. Januar. (Priv.-Tel.) Wie der „Corriere della Sera" berichtet, hielten am Montag Tausende aus dem Felde heimkehrender italienischer Soldaten in Mailand Versammlungen ab, wobei die Soldaten ihr Mißtrauen gegen die Unfähigkeit der Regierung und die herrschende Klasse ausdrückten und in einer Tagesordnung die Gründung eines „Rates der demobilisierten Soldaten" beschlossen, der den deutschen Soldatenräten gleichkommt.

Der sozialistische Abgeordnete Carotti erklärte am Dienstag in einer Volksversammlung in Mailand: Italien habe zwar militärisch gesiegt, sei aber wirtschaftlich niedergerungen worden. Der Staatsbankrott sei zwar noch nicht erklärt, allein es sei Tatsache, daß die Unordnung der Staatsbetriebe, die ungeheuer zunehmende Arbeitslosigkeit und die Unfähigkeit des Bürgertums und des Staates den allgemeinen Notstand nicht lindern können.

Die Revolution in Portugal

a. Basel, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Lissabon: Die Flotte vor Oporto hat gemeutert. Die Monarchie wurde von der Flotte ausgerufen. Die Garnison in Coimbra ist zu den Monarchisten übergegangen. — Der „Temps" meldet: Die Drahtverbindungen zwischen Spanien und Portugal sind gestört. Der Kabelverkehr Portugal und Oporto ruht seit Mittwoch. Eine drahtlose Depesche aus Oporto meldet, daß seit mehreren Tagen schwere Kämpfe zwischen dem treugebliebenen Teil der Flotte und den Monarchisten stattfinden. In Lissabon soll das Arsenal von den Monarchisten besetzt sein. — Dem „Matin" wird aus London gemeldet: Aus der Residenz des Königs Manuel wird mitgeteilt, daß der König nach einem, seinem Gefolge unbekannten Ort abgereist ist. Dem Korrespondenten wurde erklärt, Manuel liebe sein Land. Er werde gern einem ernsthaften Ersuchen der Portugiesen Folge leisten und für sein Volk vor keinem Opfer zurückschrecken.

Neue Proteste in Spa

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das französische Oberkommando hatte im Betriebe der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes vom 20. Januar an die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages an Stelle des bestehenden Achtstundentages befohlen. Gegen diese dem Waffenstillstand zuwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa am 22. d. M. eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch die Alliierten in ganz Deutschland die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde, so seien hiervon die bedenklichsten Rückwirkungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterschaft sehe in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzung in Deutschland. Es müsse daher gegen die Beseitigung des Achtstundentages nachdrücklich Einspruch erhoben und um Aufhebung der den deutschen Arbeitern und Beamten auferlegten Zwangsmaßnahme ersucht werden.

Aus der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa am 21. Januar ist u. a. mitzuteilen: Der Vorsitzende der französischen Kommission gibt bekannt: Die Entente beabsichtige, täglich 3000 Tonnen Lebensmittel über Danzig nach Polen zu senden, und sie wünsche von der deutschen Regierung Garantien für die Sicherung der Transporte von Danzig bis zur polnischen Grenze. Der deutsche Vorsitzende hält die Transporte ohne Einwirkung der Alliierten auf die Polen für undurchführbar, da bei dem bekannten Verhalten der Polen nicht zu übersehen sei, wie die deutsche Regierung die Lebensmittelzufuhr sichern soll.

Die belgische Heeresleitung hat von den staatlichen Kassen in den besetzten linksrheinischen Gebieten die Auslieferung der Ueberschüsse verlangt. Gegen diese Forderung erhebt die deutsche Waffenstillstandskommission Einspruch. Die deutsche Kommission legt im Auftrage der deutschen Regierung mit feierlichem Nachdruck Protest gegen eine französische Maßregel ein, die die französischen Gesetze über den Handel mit dem Feinde auch auf das deutsche besetzte Gebiet anwendet. Es widerspreche dem Waffenstillstandsvertrag, wenn den Bewohnern der trotz der Besetzung deutsch gebliebenen Landesteile zugemutet werde, ihre eigenen Volksgenossen als Feinde anzusehen. — Der Behauptung, feindlicherseits würden Kriegsgefangene versteckt gehalten, müsse er mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Die Ausfuhr der Fetterzeugnisse vom linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Gebiet ist, wie die französische Kommission mitteilt, auf das deutsche Ersuchen hin genehmigt worden.

Kritik am Verfassungsentwurf

Die in dem Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß vorgesehene Neubildung von Einzelstaatengebilden sowie die Neuordnung der Reichszuständigkeiten begegnet an vielen Stellen lebhaftem Widerspruch. Heute wird sich, einer Meldung aus Berlin zufolge, das preußische Kabinett mit den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes beschäftigen. Namentlich wird der zum Ausdruck gebrachte Gedanke über die Notwendigkeit einer Zerteilung Preußens eine scharfe Ablehnung erfahren. Auch der Paragraph 11, der die Bildung freier Staaten innerhalb des Reiches für Bevölkerungskomplexe von etwa zwei Millionen Einwohnern freigibt, erhebt in manchen Teilen des Reiches lebhafte Bedenken. Nach Ansicht der Reichsregierung soll dieser Paragraph nichts anderes als ein Vorschlag sein, über den noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist, wie man überhaupt die Arbeit des Staatssekretärs Preuß als ein reines Diskussionsgerippe ansieht. Auch die württembergische Regierung soll einer Zerlegung Preußens widersprochen haben. Eine von 2000 Personen besuchte Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Berlin erhob energischen Protest gegen jeden Plan einer Zertrümmerung Preußens. In Düsseldorf nahm eine Massenversammlung der Deutschen Demokratischen Partei eine Entschließung an, in der der Plan auf Zertrümmerung des Reiches und Preußens abgelehnt wurde, da eine Republik Rheinland unter den heutigen Umständen zu einem Pufferstaat, einem Spielball in den Händen Frankreichs, Belgiens und Englands werden dürfte.

Weitere Einsprüche

werden aus vielen Teilen des Reiches gemeldet:

k. Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Von mehr als 15 Bundesregierungen lagen bis Donnerstag früh in Berlin Einsprüche vor gegen den Plan der Reichsregierung über die Neubildung der Einzelstaatengebilde im neuen Reiche.

* München, 23. Januar. Die heute erscheinende „Staatszeitung" bringt an leitender Stelle folgende Erklärung über die Reichsverfassung und die militärischen Rechte Bayerns: „Der Entwurf der neuen Reichsverfassung, der durch Veröffentlichung in der Presse bekanntgeworden ist, läßt ersehen, daß das Bestreben nach stärkster Zentralisation, insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der Zölle, eintreten soll, auch auf dem Gebiete des Militärwesens durchgeführt werden soll. Wenn die Gesetzgebung und Verwaltung Bayerns in letzter Hinsicht ausschließlich Sache des Reiches werden sollen, würden alle Sonderrechte Bayerns, die gegenüber der bisherigen Reichsverfassung durch die Versailler Verträge garantiert waren, hinfällig werden. Eine derartige Zentralisation innerhalb des Reiches ist von Bayern unannehmbar. Sachkundige Persönlichkeiten werden die bayerischen Interessen auf dem Gebiete des Militärwesens nachdrücklich zu vertreten haben."

Diese Erklärung, deren Bedeutung klar zutage liegt, zeigt, daß Bayern auch nach der Revolution nicht gewillt ist, auf seine Sonderrechte zu verzichten, die es bisher schon immer mit äußerster Hartnäckigkeit gewahrt hat.

Die Vorbereitungen in Weimar

Der Rat der Volksbeauftragten beschloß, wie aus Berlin gemeldet wird, an der Wahl Weimars als Tagungsort der deutschen Nationalversammlung festzuhalten. Mit dem Zentralrat der Republik sind dahingehende Verhandlungen eingeleitet. In Weimar werden die Vorbereitungen zur Nationalversammlung unter Leitung des Oberregierungsrates Schulz aus Berlin mit Hochdruck betrieben. Im Nationaltheater wird das ganze Parkett ausgeräumt, um die Sitze und Tische aus dem Reichstagssitzungssaal aufzunehmen. Für die Telegraphen- und Fernsprechleitungen wird ein ganzes Schulgebäude eingerichtet und mit einem Heer von 250 Beamten unter Leitung eines Telephoningenieurs des Reichspostamtes in Berlin besetzt werden. In zwei Gebäuden, die in unmittelbarer Nähe des Theaters liegen, wird eine Schutzwache aus regierungstreuen Truppen untergebracht werden. Das Schloß ist bis auf die Privatzimmer des früheren Großherzogs und die Dichterzimmer für die Reichsleitung und ihren Stab mit Beschlag belegt. Die Kommissionsberatungen werden in den Nebenräumen des Nationaltheaters stattfinden. Zur Unterstützung des Telegraphen- und Telephondienstes wird eine funkentelegraphische Verbindung mit Berlin hergestellt werden. Abgeordnete und Pressevertreter werden zu gemeinsamen Mahlzeiten von der Stadt vereint werden. Um allen Eventualitäten vorzubeugen, wird die militärische Besatzung Weimars schon in den nächsten Tagen bedeutend verstärkt werden.

Der Bergarbeiterstreik in Schlesien

× Beuthen, 23. Januar. Es wird auf neun Gruben gestreikt. Neu hinzugekommen sind 24 Gruben. Auf Hohenzollern streiken etwa 70 Prozent der Belegschaft, während der Rest einfährt. Die streikenden Gruben verteilen sich vor allem auf die Kattowitzer Aktiengesellschaft, die Donnersmarck-Hütte, die Vereinigte Königs- und Laura-Hütte, die Bergwerksgesellschaft Giesches Erben und die Rybniker Steinkohlengesellschaft. Gearbeitet wird auf 21 Gruben. Zu größeren Ausschreitungen ist es bisher nicht gekommen. Dagegen findet eine Beeinflussung der überwiegend arbeitswilligen Bergleute durch Streikposten statt, die sich vielfach an den Toren vor den Gruben aufhalten und die arbeitswilligen Bergleute an der Einfahrt verhindern.

Auf Anregung der Berliner Regierung wird dieser Tage ein Teil der Regierungstruppen, die an den militärischen Maßnahmen der letzten Zeit in Berlin beteiligt waren, nach Schlesien zum Schutze der Landesgrenze und der Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenbezirk abbefördert werden.

Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Die offiziösen „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" schreiben: „Die unhaltbaren wirtschaftlichen Zustände haben im Kabinett den Entschluß reifen lassen, radikal durchzugreifen und Maßnahmen ins Werk zu setzen, die der mehr und mehr Platz greifenden chaotischen Verwirrung unseres Wirtschaftslebens Einhalt zu tun geeignet sind. Ohne weiteres ist klar, daß der Hebel, mit dem hier anzusetzen ist, der Arbeitsmarkt, besonders das brennende Problem der Arbeitslosigkeit, sein muß. Bedenkt man, daß allein in der Landwirtschaft die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen beziffert werden kann und schon jetzt die Frühjahrsbestellung unter solchen Verhältnissen als ernstlich gefährdet gelten muß, erwägt man weiter, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entente durch eine höchste Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrieerzeugnissen bedingt ist, so kann kein Zweifel sein, daß sich gegen die erschreckend anwachsende Arbeitslosigkeit in Bälde von selbst Zwangsmaßnahmen aufdrängen, von denen die eben veröffentlichte Verordnung vom 15. Januar 1919, nach welcher den Kommunen das Recht zusteht, in allen Fällen, wo Arbeitsannahme unbegründet verweigert wird, die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen, vielleicht nur den ersten Schritt bedeutet. Sollte dieser „sanfte Druck" nicht hinreichen, so wird man voraussichtlich vor schärferen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Schon jetzt kann gesagt werden, daß Erwägungen in diesem Sinne im Gange sind."

Forderungen der Arbeitslosen

+ Berlin, 24. Januar. (Priv.-Tel.) Eine Abordnung von Arbeitslosen erschien gestern im Demobilmachungsamt, um dem Staatssekretär Köth eine Anzahl Forderungen vorzulegen. Herr Köth erklärte sich bereit, die Forderung auf allgemeine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung beim Reichsarbeitsamt zu befürworten. Er erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, daß nicht in Berlin ansässige Arbeitslose möglichst aus Berlin entfernt werden, wenn ihnen außerhalb Berlins Arbeit angeboten wird. Unter den weiteren Forderungen, deren nötige Erfüllung der Staatssekretär zusagte, befinden sich unter andern folgende: Eine Kommission, die paritätisch aus Vertretern der Arbeitslosen und dem Demobilmachungsamt zusammengesetzt werden soll, soll das Recht haben, alle Notstandsarbeiten an Ort und Stelle zu besichtigen, um in Berlin Auskunft geben zu können. Die Frauenarbeit soll insbesondere bei den Verkehrsbetrieben schneller als bisher abgebaut werden. Der Staatssekretär erklärte, daß die örtliche Kommission für Arbeitslose sich überall von der Lage der Arbeitsbeschaffung überzeugen könne.

Letzte Nachrichten und Telegramme

Die dänische Regierung gegen die Besetzung Nordschleswigs

* Kopenhagen, 24. Januar. „Politiken" meldet aus Apenrade: Dem Vertreter des Deutschen Nordschleswig-Ausschusses wurde auf Veranlassung der Regierung eine Erklärung abgegeben dahingehend, daß die dänische Regierung in Anbetracht des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Dänemark entschlossen sei, mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln die von den dänischen Nationalisten angedrohte Besetzung Nordschleswigs zu verhindern.

Angriffe auf Clemenceau

☞ Rotterdam, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Der gegen den Wunsch Pichons an Rußland ergangene Ruf Wilsons diene den Sozialisten zur Verschärfung ihrer Angriffe gegen Clemenceau.

Die Lebensmittelversorgung

Ueber die in Trier gepflogenen Verhandlungen wegen der Lebensmitteleinfuhr hat Unterstaatssekretär v. Braun, der Vorsitzende der deutschen Kommission zur Lebensmittelfrage, dem „Vorwärts" folgendes mitgeteilt: Während des Waffenstillstandes kann nur eine Notaushilfe an Lebensmitteln in Höhe von etwa 30 Millionen Dollar für Kranke, Kinder, Sterbende und stillende Mütter und einzelne besondere Arbeiterkategorien erfolgen, und zwar nur unter der Voraussetzung, daß vorher die gesamte fahrbereite Handelsflotte den alliierten Regierungen zur Verfügung gestellt wird. Werden die Bedingungen erfüllt, und dazu ist erforderlich, daß die Instandsetzung und Ausrüstung der Schiffe unverzüglich durchgeführt und ihre Ausfahrt aus deutschen Häfen in keiner Weise gestört oder verzögert wird, so kann damit gerechnet werden, daß in zwei bis drei Wochen mit der Lieferung der Notaushilfe begonnen werden wird. Die Mengen von Lebensmitteln, die für den Betrag von 30 Millionen Dollar eingeführt werden können, sind bei den hohen Weltmarktpreisen nicht sehr erheblich. Sie werden sich nach den von uns geltendgemachten Ansprüchen vielleicht auf 70 000 Tonnen Speisefette, 50 000 Tonnen Weizen, dann gewisse Mengen von kondensierter Milch, Hafermehl, Reis und Fleischpräparaten belaufen und reichen deshalb zu einer allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in keiner Weise aus. Es wurde natürlich mit den Vertretern der Entente und Amerikas auch über die weitere Versorgung Deutschlands verhandelt. Dabei gaben diese die Erklärung ab, daß die Weltvorräte an Fetten und Getreide ausreichend seien, um die gesamte Welt reichlich zu versehen. Die Versorgung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Dazu ist erforderlich, daß wir uns durch Ausfuhr von Kohle, Kali und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Auslande verschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können. Denn darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, gegen Kredit oder deutsches Geld, das bei Fortdauer des Ueberwiegens der Einfuhr über die Ausfuhr immer mehr entwertet werden würde, liefert uns Amerika nichts.

Aus Stadt und Land

Dresden, 24. Januar

Erhöhung der Fleischration und des Fleischpreises

Nach Mitteilung der Regierung in der gestrigen Sitzung des Pressebeirates im Landeslebensmittelamt wird vom 8. Februar an die wöchentliche Fleischration in ganz Sachsen einheitlich auf 250 Gramm festgesetzt. Die bisher bestehende Differenzierung der Zuteilung, die in den verschiedenen Orten bekanntlich zwischen 125 und 200 Gramm pro Kopf und Woche schwankte, wird trotz des Widerspruchs der Dresdner und der Leipziger Stadtverwaltung künftig wegfallen, schon weil sich der energische Kampf der Regierung gegen den Schleichhandel schlechterdings mit dieser Ungleichmäßigkeit in der Verteilung nicht vereinbaren läßt. Die Möglichkeit der Erhöhung der Ration ist durch den Wegfall des Heeresbedarfs zu erklären.

Leider muß aber der Fleischpreis um 10 Pfennig für das Pfund erhöht werden, und zwar einmal wegen der erhöhten Gestehungskosten im allgemeinen und dann, weil das Landeslebensmittelamt große Mengen Gefrierfleisch aufgespeichert hat, das natürlich teuerer zu stehen kommt als frisches Fleisch. Die Regierung veranschlagt die Mehrkosten auf 3,5 Millionen Mark. Davon trägt der Viehhandelsverband 1 Million, der Rest von 2,5 Millionen muß durch den Preisaufschlag gedeckt werden.

Eine Kriegsgefangenen-Kommission der Entente in Dresden

Anmeldung und Zählung aller Kriegsgefangenen am 25. Januar

In Dresden hält sich gegenwärtig, wie das Ministerium des Innern und der Justiz bekanntgibt, eine Abordnung von Offizieren und Aerzten der Entente und neutraler Länder auf. Sie hat die Aufgabe, Ermittlungen anzustellen in allen Lagern, Lazaretten, Irrenanstalten, Gefängnissen und Arbeitsstellen, insbesondere Bergwerken, in denen sich Gefangene der Entente befinden. Die Kommission hat zu prüfen, ob die Gefangenen nach den Waffenstillstandsbedingungen abbefördert worden sind, ob etwa noch Gefangene verborgen gehalten werden. Die Kommission wohnt im „Europäischen Hof". Die englischen, französischen und andern Uniformen ihrer Mitglieder sind schon fast ein gewohntes Bild in den Straßen, ebenso die mit dem Genfer Roten Kreuz gekennzeichneten Automobile mit englischen und französischen Inschriften.

Das Ministerium erläßt die Aufforderung an alle Personen, die Angaben über den Aufenthalt von alliierten Kriegsgefangenen machen können, diese sofort der nächsten Polizeibehörde oder Lagerkommandantur zu machen, die ihrerseits die Inspektion des Kriegsgefangenenlagers Königsbrück drahtlich davon zu unterrichten hat. Alle noch außerhalb der militärischen Dienststellen befindlichen Gefangenen haben sich schriftlich oder mündlich bei der Delegation zu melden.

Um festzustellen, welche Gefangenen der Alliierten sich noch in Deutschland befinden, hat am 25. dieses Monats über die Gefangenen eine Zählung stattzufinden, die in der Nacht vom 24. zum 25. dieses Monats auf der betreffenden Stelle anwesend waren. — Die Zählung der unter militärischen Dienststellen befindlichen Gefangenen wird von den Generalkommandos veranlaßt. Hingegen sind alle Gefangenen, die sich zu dem angegebenen Zeitpunkte etwa noch bei Zivilpersonen oder in Zivilgefängnissen, Zuchthäusern und sonstigen Anstalten befinden, von den Haushaltungsvorständen oder Anstaltsdirektionen aufzunehmen und der örtlichen Polizeibehörde zur Anmeldung zu bringen. Die Polizeibehörde hat ungesäumt dem zuständigen Generalkommando drahtlich Mitteilung zu machen. — Bei der Zählung sind festzustellen Name, Vorname, Gefangenennummer und Regiment, und zwar getrennt nach folgenden Nationen: Franzosen, Engländer, Belgier, Serben, Italiener, Portugiesen, Japaner, Amerikaner, Montenegriner, Griechen, Brasilianer (unterschieden nach Kriegs- und Zivilgefangenen). Personen, die einen Kriegsgefangenen der Alliierten gegen dessen Wunsch oder ohne Anmeldung verbergen, werden, wenn nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft bestraft.

Stadtverordnetensitzung

Die Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag beginnt erst nach ½8 Uhr. Der Rat hat auf den Antrag der Stadtverordneten um Auskunft über die Einrichtungen zur Kontrolle der Arbeitslosen beim Zentralarbeitsnachweis mitgeteilt, daß bei dem raschen Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen anfangs Stockungen eingetreten seien. Durch Bereitstellung von Räumen, Errichtung von Zweigstellen in Vorstädten und Nebenstellen in Vororten sei für eine rasche Erledigung der Geschäfte gesorgt.

Kleines Feuilleton

= Programm für Sonnabend. Opernhaus: „Tosca", 6. — Schauspielhaus: „Rosmersholm", 6. — Alberttheater: „Christinchens Märchenbuch", ½3. „Musik", ½7. — Residenztheater: „Der Bimleumichel" ½3. „Der Bettelstudent", ½7. — Zentraltheater: „Der ersten Liebe goldne Zeit", ½4. „Wo die Lerche singt", ½8. — Volkswohltheater: „Schuldig", ½7.

= Mitteilung der Sächsischen Landestheater. Schauspielhaus: Am Donnerstag den 30. Januar wird „Die Insel", ein festliches Spiel von Herbert Eulenberg, ihre Uraufführung erleben. Die Musik zu dem Werke hat Manfred Gurlitt geschrieben. Die Inszenierung leitet Paul Wiecke.

= Konzert Bibo-Casini. Ueber den Cellisten Gutia Casini kann man sich kurz fassen. Er ist ein Cellist, wie er sein soll; sauber durchgebildete Technik, besonders schöner Ton und gesund-musikalischer Vortrag gewähren ungeschmälertes Vergnügen. Die Namen der von ihm gespielten Komponisten Cui, Faurs und Piatti waren auf dem Programm sämtlich entstellt, nur Tschaikowsky war in gewohnter Weise gedruckt. Als Zugabe folgte der unvermeidliche Popper. Auch die Sängerin Ella Bibo besitzt schätzenswerte Eigenschaften. Ihre Schule ist gleichfalls vorzüglich und die Kopfstimme im mezza voce von hohem Reiz. Es gelingen ihr träumerische Stücke, die mit leicht ansprechender Stimme gesungen werden müssen, besonders gut. So waren drei der schönsten Lieder von Richard Strauß bei ihr bestens aufgehoben. Auch Schumanns „Nußbaum" und „Lotosblume" offenbarten kluge Herrschaft über die gefälligen Mittel. Bei Fortestellen und leidenschaftlichen Akzenten gewinnt die Stimme leicht einen etwas gewöhnlichen Beiklang. Das entschiedene Vortragstalent vermag die Tiefe von Meisterliedern, wie „Widmung" und „Frühlingsnacht", nicht zu erschöpfen. Den Schluß bildeten zwei geschmack- und wirkungsvolle Lieder des Berliner Komponisten Eduard Künnecke. Durch Karl Pembaurs meisterhafte Begleitung erhielt der Abend volle künstlerische Abrundung. W. Pz.

= Im Volkssinfoniekonzert sprach Dr. Waldemar Staegemann „Hektors Bestattung" mit der Musik Botho Sigwarts zum erstenmal mit Orchester. Vor wenigen Tagen hatte man das gleiche Werk von Wüllner gehört, und doch war der Eindruck kaum geringer, obwohl Staegemann stimmlich nicht zum besten disponiert schien. Als Sänger betont er natürlich das Musikalische, Rhythmische und kam zu erschütternder Wirkung an den Stellen, wo er mit der Stimmhöhe der musikalischen Phrase nachgeben konnte. Im ganzen gab er mehr Pathos, mehr be- [illegible] Reife und Ruhe, mehr bewußte Kunst als schlichtes Rhapsodentum, doch nicht zum Schaden des Werkes. Staegemann wie auch Lindner, der vorher Brahms' 2. Sinfonie mit starken Impulsen dirigiert hatte, wurden mit Recht gefeiert. Mr.

= Das Salzburger Mozart-Festspielhaus. In Wien fand Mittwoch unter Vorsitz des Prinzen Thurn und Taxis eine Beratung statt über die Errichtung eines Mozart-Festspielhauses in Salzburg. Der Beratung wohnte außer dem Staatsnotar Dr. Sylvester auch noch der aus Berlin gekommene Generalmusikdirektor Richard Strauß bei. Der Obmann des Festspielhaus-Vereins erstattete den Bericht, nach dem in Salzburg ein Mozart-Festspielhaus, das etwa 2000 Personen umfaßt, für den Betrag von 6 bis 8 Millionen Kronen errichtet werden soll. — Richard Strauß begab sich nach der Versammlung in die Oper, zu deren Direktor er bekanntlich ernannt ist, um mit seinem Mitarbeiter Kapellmeister Schalk die Vorbereitungen für die nächste Spielzeit zu treffen. Richard Strauß tritt sein Wiener Engagement am 15. August an und wird die Vorbereitungen für seine Oper „Die Frau ohne Schatten", deren Erstaufführung auf den 1. September angesetzt ist, persönlich leiten. Im Mai feiert die Wiener Oper das Jubiläum ihres fünfzigjährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß ist eine Festspielwoche geplant, an der auch Strauß teilnehmen wird.

= Karl Rehorst †. Einer der besten deutschen Städtebauer, der Kölner Stadtbaurat Karl Rehorst, ist im Alter von 52 Jahren gestorben. Für den großzügigen Bebauungsplan der rheinischen Hauptstadt hat er ausgezeichnete Lösungen gefunden, die auch für die Zukunft noch sehr bedeutungsvoll sind. Die berühmte Werkbund-Ausstellung 1914 verdankte ihr Zustandekommen einzig seiner Initiative. Sein Werk ist durch den plötzlichen Ausbruch des Krieges leider nicht ganz so zur Geltung gekommen, wie es das verdient hatte. Während des Krieges war Rehorst als Sachverständiger für Denkmalpflege im Generalgouvernement Brüssel tätig. Rehorst war bereits früher jahrelang als Provinzialkonservator in der benachbarten Provinz Sachsen tätig.

— Sonnabendvesper in der Kreuzkirche. Nachmittags 2 Uhr. Mitwirkende: Der Kreuzchor. Solistin: Fräulein Salanne Tittel (Sopran). Orgel: Kirchenmusikdirektor Bernh. Pfannstiehl. Leitung: Professor Otto Richter. Texte an den Kirchtüren.

— Wohltätigkeitskonzert. Diesen Sonntag nachmittags 5 Uhr findet im großen Saale des Vereinshauses, Zinzendorfstraße, ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten des Verbandes für Jugendhilfe, Lothringer Straße 2 statt. Mitwirkende: Opernsängerin Erika Wedekind, Paul Wiecke (Rezitation), Konzertmeister Erhard Heyde (Violine), Arthur Zenker (Solo-Violoncell), Konzertpianistin Tengel-Strick (Klavier) und die Dreyßigsche Singakademie unter Leitung von Professor Kurt Hösel. Die früher herausgegebenen Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit, neue Karten in der Geschäftsstelle des Verbandes für Jugendhilfe, Lothringer Straße 2.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190125/2